

Gemeinsamer Antrag
DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
Klaus Hoffmann, Freie Wähler Köln
Thor Zimmermann, DEINE FREUNDE

An den
Vorsitzenden des Rates

Herrn Oberbürgermeister
Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 21.11.2011

AN/2067/2011

Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	24.11.2011

Aktuelle Hintergründe und Konsequenzen der rechtsextremen Anschläge in Köln

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten um eine Aktuelle Stunde in der Ratssitzung am 24.11.2011 zu folgendem Thema:

Aktuelle Hintergründe und Konsequenzen der rechtsextremen Anschläge der NSU-Terrorgruppe am 9. Juni 2004 in der Keupstraße im Stadtbezirk Mülheim und am 19. Januar 2001 in der Probsteigasse in der Innenstadt.

Begründung:

Die grauenhaften Taten der NSU-Terrorgruppe kommen in den letzten zwei Wochen jeden Tag aufs Neue – Stück für Stück – an die Öffentlichkeit. Die Gruppe tötete in den letzten zwölf Jahren mindestens zehn Menschen. Inzwischen ist klar, dass auch der Nagelbomben-Anschlag in der Keupstraße 2004 und der Anschlag in einem Lebensmittelladen in Köln im Jahr 2001 von dieser Gruppe verübt worden ist. Bei beiden Anschlägen wurden Menschen schwer verletzt.

Nach dem Anschlag in der Keupstraße wurden ohne jegliche stichhaltigen Hinweise anschuldigende Behauptungen und Vorwürfe gegenüber Anwohnerinnen und Anwohnern geäußert. Das hat tiefe Wunden gerissen.

Der Rat der Stadt Köln sollte angesichts der erschütternden Beweislage über die Hintergründe, sowie über die Konsequenzen für den Kampf gegen den Rechtsextremismus und für ein tolerantes und friedliches Miteinander diskutieren und weitere Handlungsoptionen entwickeln.

Die Aktuelle Stunde soll sich mit folgender Resolution befassen:

Der Rat der Stadt Köln bittet den Oberbürgermeister und die Verwaltung alles Erdenkliche zu unternehmen, damit die Opfer des Anschlages vom 9. Juni 2004 in der Keupstraße und vom 19. Januar 2001 in der Probsteigasse eine Entschädigung erhalten. Dazu soll auch der Fonds beim Bundesamt für Justiz für die Opfer von rechtsextremen Übergriffen genutzt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Jörg Detjen
Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE.

Klaus Hoffmann
Freie Wähler Köln

Thor Zimmermann
DEINE FREUNDE